**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 19 (1999)

**Heft:** 37

**Artikel:** Zuwanderungskontrolle oder Illegalisierung? : Acht Thesen zur Migration zwischen Mexiko und den USA

**Autor:** Parnreiter, Christof

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-651725

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Christof Parnreiter

# Zuwanderungskontrolle oder Illegalisierung?

## Acht Thesen zur Migration zwischen Mexiko und den USA

Im Andenken an Marcus Omafuma, der am 1. Mai 1999 bei seiner Deportation aus Österreich zu Tode kam. Gefesselt, geknebelt und den Mund verklebt, erstickte der abgewiesene Asylwerber aus Nigeria.

EU-Europa versucht, seine Grenzen für MigrantInnen dicht zu machen. Hätte es für diesen Befund noch Belege bedurft, die Vertreibungen aus dem Kosovo und der Krieg gegen Jugoslawien liefern sie. Wehrdienstverweigerer, Deserteure und Flüchtlinge aus Jugoslawien sitzen in Europas Gefängnissen in Schubhaft, nur wenige Vertriebene aus dem Kosovo finden im Schengenland Aufnahme. Flüchtlingen aus anderen Regionen der Welt und ArbeitsmigrantInnen ergeht es noch schlechter.

In diesem Beitrag geht es allerdings nicht um humanitäre oder menschenrechtliche Aspekte der Abschottung. Vielmehr wird nach der Machbarkeit und den Zielen von restriktiver Migrationspolitik und der Militarisierung der Grenzen gefragt. In acht Thesen, die sich auf Studien zu Migrationen zwischen Mexiko und den USA stützen, wird die Position vertreten, daß die Abschottungspolitik ihr vorgebliches Ziel, die Zuwanderung zu beschränken, nicht erreicht, sondern vielmehr zu Illegalisierung der ImmigrantInnen führt. Wegen der Kürze des Beitrages muß die Argumentation knapp ausfallen und auf Zitate sowie Quellen verzichtet werden (ausführlicher siehe Parnreiter 1994, 1999a, 1999b).

**I.** Verschärfte Grenzkontrollen bremsen die Zuwanderung nicht. Seit 1986 sind in den USA eine Reihe von Maßnahmen in Kraft getreten, die alle einem Zweck dienen sollten: die nicht-dokumentierte Einwanderung zu bremsen. Der Zugang nicht-dokumentierter ImmigrantInnen zu staatlich finanzierten Programmen im Gesundheits- und Bildungswesen wurde erschwert bzw. verhindert, Sanktionen gegen Unternehmer eingeführt, die wissentlich nicht-dokumentierte Einwanderer beschäftigen, und die militärische Überwachung der Grenze vorangetrieben. Das Budget des „Immigration and Naturalization Service" (INS) wurde zwischen 1986 und 1998 auf 4 Mrd. US-Dollar versiebenfacht, der Personalstand auf rund 30.000 verdreifacht. Doch diese Maßnahmen sind, gemessen an ihrem vorgeblichen Ziel, die nichtdokumentierte Zuwanderung zu bremsen, gescheitert.

Erstens ist die Zahl der Festnahmen zwar deutlich gestiegen (von 1994 bis 1998 um fast 50 Prozent auf 1,6 Mio.), doch das INS selbst sieht darin keinen Beleg, daß der Grenzschutz funktioniere. Als Beleg gilt vielmehr die Abnahme der Zahl der Aufgriffe (wie etwa im Sektor um San Diego, wo

„Operation Gatekeeper“ durchgeführt wird). Zweitens nimmt die Zuwanderung zu. Aus Mexiko, dem wichtigsten Senderland (ein Fünftel der dokumentierten und etwa zwei Drittel der rund 275.000 nichtdokumentierten ImmigrantInnen kommen von dort) erhöhte sich die jährliche Einwanderung (dokumentiert und nicht-dokumentiert) von 120.000 bis 155.000 Personen in den siebziger Jahren über 210.000 bis 260.000 in den achzigeern auf 315.000 (1991-1995).

Auf Grund dieser Zahlen und zahlreicher Detailstudien sprechen MigrationsforscherInnen der Verschärfung der Einwanderungspolitik eine abschreckende Wirkung ab. Einhellig, wenn auch nicht immer in so prägnanten Worten wie der renommierte Soziologie Douglas Massey, diagnostizieren sie: „U.S. Immigration policy (is) the road to nowhere. (...) It is hard to imagine a more inept, self-contradictory, and self-destructive policy“. Selbst die „Commission on Immigration Reform“ der USA anerkennt mittlerweile „(t)he disjunction between policy intentions and actual outcomes“ und meint: „There is as yet no convincing evidence that U.S. border and interior control efforts have reduced unauthorized Mexico-United States migration“. Im Frühjar 1999 bekannte sogar das INS, ”that its current enforcement strategy is not reducing the number of illegal immigrants“.

**II.** Migrationen geschehen nicht, sie werden erzeugt. Gibt es eine Kluft zwischen offiziellen Zielen und tatsächlichen Ergebnissen der U.S.-Einwanderungspolitik, so rührt sie von einem falschen Verständnis von Migration her. Politiker wie Öffentlichkeit sehen Zuwanderung vor allem bedingt durch Armut und Arbeitslosigkeit im Heimatland bzw. als ein Ergebnis einer „wage and welfare gap“ zwischen den beiden Staaten. Diese Wahrnehmung läßt sie glauben, durch die Erhöhung der Wanderungskosten (z.B. verschärfte Grenzkontrollen oder die Verweigerung von elementaren Rechten) könnte eine abschreckende Wirkung auf MigrantInnen ausgeübt werden.

Tatsächlich aber gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Armut und Emigration. Menschen wandern nicht ohne weiteres an Orte mit besseren Arbeits- und/oder Verdienstmöglichkeiten, und Migrationen sind nicht wie Wasser, das bei verschiedenen Niveaus automatisch zu fließen beginnt. Migrationen werden in bestimmten historischen und gesellschaftlichen Konstellationen verursacht und geformt.

Migration ist erstens eine Begleiterscheinung sozio-ökonomischen Wandels, der positiv als „Entwicklung“ oder negativ als „Peripherisierung“ konnotiert werden kann. Gemeint ist die Durchsetzung von Marktbedingungen, also etwa die Kommerzialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, die Formierung von Arbeitsmärkten, die Ersetzung traditioneller Formen des Produzierens oder das Aufkommen neuer Lebens- und Konsumformen. Diese Transformationen werden oft exogen ausgelöst, das heißt sie entstehen im Zuge der (untergeordneten) Integration in ein überregionales oder internationales System der Arbeitsteilung. Bei dieser Einbindung werden bestehende wirtschaftliche und soziokulturelle Ordnungen

ge- und zerstört und durch neue ersetzt. Mit anderen Worten: Integration in ein übergeordnetes System der Arbeitsteilung kann zu sozialer und ökonomischer Desintegration führen, die ihrerseits zur Voraussetzung für freiwillige und massenhafte Abwanderung wird.

Zweitens: Die Nachfrage nach Arbeitskräften stellt eine der wichtigsten Triebfedern für das Zustandekommen von Binnen- und internationalen Wanderungen dar. Spätestens zu Beginn des 18. Jahrhunderts bildet sich parallel zur Formierung der Weltwirtschaft ein „Weltmarkt für Arbeitskraft" heraus, auf dem Migrationen als „labor supply system" (Saskia Sassen) fungiert. Gegenwärtig wird dieser Weltmarkt für Arbeitskraft immer kleinräumiger reproduziert. Periphere Arbeitsverhältnisse werden in zunehmenden Maße in den Zentren selbst wieder nachgefragt und können dort auch durchgesetzt werden. Frauen und Einwanderer sind die bevorzugten Gruppen, um dieses unterste Arbeitsmarktsegment zu besetzen.

Drittens müssen potentielle MigrantInnen und Unternehmer verbunden werden. Geschichte und Gegenwart sind voll der Beispiele, in denen Unterschiede bezüglich der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bedeutungslos waren, weil es an „Brücken" fehlte, die den Ungleichheiten Bedeutung verliehen hätten. Deshalb war jahrhundertelang die Rekrutierung oder gar Verschleppung von Arbeitskräften für das Aktivieren von Migrationen unabdingbar. Heute schaffen Handelsbeziehungen oder Direktinvestitionen, militärische und/oder politische Präsenz, Tourismus oder „Verwestlichung" ausreichend jene Verbindungen, die Migrationen fördern. Schließlich bilden Wanderungen, sind sie einmal etabliert, Netze aus, die MigrantInnen mit Verwandten und FreundInnen zu Hause verbinden. Solche sozialen Beziehungen werden gewöhnlich zu einem eigenständigen und mächtigen Impuls, der weitere Wanderung stimuliert.

**III.** Die mexikanischen ImmigrantInnen werden am US-Arbeitsmarkt nachgefragt. Die mexikanische Emigration in die USA ist seit ihrem Beginn im 19. Jahrhundert untrennbar verbunden mit der Nachfrage nach und Rekrutierung von mexikanischen Arbeitskräften. Landwirtschaft und Minen, Eisenbahnbau und Industrien – sie alle brauch(t)en die billigen und flexiblen MexikanerInnen. Mit den sozioökonomischen Restrukturierungen der US-Wirtschaft ab den siebziger Jahren hat, wie zahlreiche Studien belegen, der Bedarf an zugewanderter Arbeitskraft zugenommen. Der Niedergang der Massenproduktionsindustrie und die auf billigen und flexiblen Arbeitskräften beruhende Re-Industrialisierung mancher Regionen, die Entwicklung Kaliforniens zum „garden state" der USA oder die Expansion des Servicesektors brachten Veränderungen in der Arbeitsorganisation, in der Einkommensverteilung und in der Arbeitskraftnachfrage mit sich. Der Bedarf an marginalisierter Arbeitskraft steigt, und ImmigrantInnen dienen, ihn zu decken. In Kalifornien etwa stellen „Latinos" 56 Prozent der agrarischen Arbeitskräfte und 43 Prozent der ArbeiterInnen in den Industrien für nicht dauerhafte Konsumgüter. Im Baugewerbe, in der dauerhaften Konsumgüterindustrie sowie im Handel sind immerhin noch jeweils mehr als

ein Viertel der Arbeitskräfte zugewandert. Der Rückgriff auf billige und flexible mexikanische Arbeitskraft verschaffte der kalifornischen Industrie komparative Vorteile – sie wuchs von 1960 bis 1990 fünfmal so schnell wie die US-Industrie.

**IV.** Das Abkommen über die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) hat zu einem Anstieg der mexikanischen Emigration geführt; Globalisierung produziert Migrationen. Der Freihandel, in Mexiko institutionalisiert durch den Beitritt zu GATT (1986) und NAFTA (1994), beschleunigt genau jene Prozesse, die dem Zustandekommen von Migrationen zugrunde liegen. So bedeutet in Mexiko die Vertiefung der Marktbeziehungen ein Desaster für den Gutteil der Subsistenz-, Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen, weil sie am Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Folglich verlieren sie, da der Freihandel ihnen den Weltmarkt vor die Haustüre bringt (z.B. in Gestalt von US-amerikanischem Maisimporten), ihre Existenz. Seit der Marktöffnung haben Hunderttausende ihr ländliches Auskommen verloren, und mittelfristig wird angenommen, daß bis zu fünfeinhalb Millionen Familien nicht als bäuerliche ProduzentInnen überleben werden können.

Auch die städtische Bevölkerung und Ökonomie werden durch die beschleunigte Globalisierung in Mitleidenschaft gezogen. Während einige wenige Branchen (wie die Maquiladora-Industrie in den traditionellen Freihandelszonen der Nordgrenze oder Industriezweige wie Automobile, Elektrogeräte, petrochemische Basisprodukte, Bier und Glas) aus dem Freihandel Gewinne ziehen können, stagniert oder schrumpft die traditionelle mexikanische Industrie. Folglich liegt die formelle Beschäftigung in Mexiko 1997 nicht höher als 1982.

NAFTA war und bleibt das Projekt, diese (neoliberale) Modernisierung voranzutreiben. Daß eine Zunahme von Wanderungen folgen würde, belegten unzählige Studien. Denn Migration dient Millionen MexikanerInnen als Strategie, die krisenbedingten (und das heißt in diesem Fall: weltmartkvermittelten) Einkommensausfälle auszugleichen. Sie wandern, um „Cash" für nicht mehr zugängliche agrarische Kredite zu verdienen, um die Verluste, die sich aus den Abwertungen des Peso ergeben, zu kompensieren, oder schlicht um Basisbedürfnisse befriedigen zu können.

**V.** Die Macht der Geschichte und der Netze Die mexikanische Emigration in die USA hat eine über einhundertjährige Geschichte, als deren Folge heute mehr als sieben Millionen MexikanerInnen in den USA leben, die durch soziale Beziehungen mit Verwandten und FreundInnen in Mexiko verbunden sind. Wie mächtig diese „Brücken" sind, erfuhren die USA 1965, als die offizielle Anwerbung von mexikanischen ImmigrantInnen (Bracero-Programm") beendet wurde, die Wanderungen aber andauerten. Die Migrationsnetze waren zu einer mächtigen und eigenständigen Triebfeder für weitere Migrationen geworden. Der transnationale Arbeitsmarkt wird heute über diese sozialen Beziehungen beliefert, wobei allerdings eine wachsende Zahl von ImmigrantInnen nun ohne die erforderlichen Papiere in die USA

einreisen und dort arbeiten muß, also „illegalisiert“ ist. Damit geht, Ironie der Geschichte, ein Gutteil der heutigen nicht-dokumentierten Einwanderung auf ein staatliches Programm zur Rekrutierung von ArbeitsmigrantInnen zurück.

Es bestätigt sich, daß Migration, einmal in Gang gesetzt, nicht wie ein Wasserhahn zugedreht werden kann. Und es zeigt sich, daß in Anbetracht der Arbeitskräftenachfrage in den USA und den zahllosen Opfern der Marktbeziehungen in Mexiko die Migrationsnetze ein Eigenleben und eine Stärke entwickeln, die sie gegen politische Interventionen, wie sie an der US-Grenze erfolgen, widerstandsfähig machen.

**VI.** Neue Migrationsmuster entstehen, Migration ist also kein millionenfach anzutreffendes Einzelphänomen, sondern ein Produkt von Globalisierung, ein Subsystem innerhalb eines zunehmend integrierten transnationalen Raumes. Es kann nicht per Dekret unterbunden werden. Die restriktiven US-Einwanderungsgesetze haben denn auch nicht die Immigration verringert, sondern drei andere Ergebnisse erzeugt. Erstens kam es zu einer räumlichen Verlagerung der Immigration an neue, unzugänglichere Orte. Damit sind die Kosten für die MigrantInnen gestiegen, wie die Zunahme von Schleppern, die Verdoppelung ihrer Gebühren (auf 500$ oder mehr) sowie die hohe Zahl an Todesopfern an der Grenze dokumentieren. (1998 kamen, je nach Quelle, zwischen 254 und 368 Personen beim Versuch um, die Grenze ohne die dazu erforderlichen Papiere zu überschreiten.) Ein zweites Folgeergebnis ist, daß weniger MexikanerInnen zwischen Mexiko und den USA hin- und herreisen. Sie geben die zirkuläre Wanderung zugunsten der definitiven Einwanderung in die USA auf, verlängern zumindestens ihren Aufenthalt dort.

**VII.** Nicht die Zahl der Zuwanderer wird reguliert, sondern ihr rechtlicher Status. Wenn restriktivere Zuwanderungspolitik ihr ausgerufenes Ziel, Immigration zu unterbinden, nicht erreicht, dann stellt sich die Frage nach dem „Wozu“ erneut. Ein Aspekt ist, daß „das Volk“ es so verlangt, ergeben Umfragen doch, daß die Mehrheit der US-BürgerInnen (42 bis 52 Prozent der Befragten) meint, ImmigrantInnen schadeten den USA. Hier aber interessiert mehr, ob die Löcher, die die MigrantInnen in der Mauer finden oder schaffen, wirklich ein Beleg für das Scheitern einer restriktiven Einwanderungspolitik sind, oder ob „Mauer“ und „Loch“ nicht einander ergänzenden Spielarten sein mögen, um die „Schaffung von Arbeiterschaft am rechten Ort und auf dem geringstmöglichen Lohnniveau“ (Immanuel Wallerstein) zu erreichen?

An der Grenze wird nicht primär über das quantitative Ausmaß der Wanderung entschieden, sondern über die qualitative, d.h. rechtliche Stellung der ImmigrantInnen. Staatsgrenzen – und die an ihnen exekutierten Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitsgesetze – setzen sich im Einwanderungsland als ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes fort. Grenzen sind damit nicht so sehr als Barrieren, sondern als Mechanismen zur

Reproduktion der Ungleichheiten der internationalen Arbeitsteilung zu verstehen. Sie trennen in „InländerInnen“ und in „AusländerInnen“, und letztere werden wieder in zahlreiche Kategorien geschieden – etwa in „Legale“ oder „Illegale“. Damit wird ein Zustand von Rechtsunsicherheit oder Rechtlosigkeit für MigrantInnen geschaffen, der sie gegenüber Unternehmen, staatlichen Behörden und inländischen Arbeitskräften besonders verwundbar macht.

Diese Machtlosigkeit aber ist nicht nur Kainsmal, sondern auch primäre „Qualifikation“ der MigrantInnen. Gerade weil sie nicht integriert und juristisch gesehen zweit- oder drittklassig sind, ist ihre Arbeitskraft so begehrt. „In the case of the Mexican, he is less desirable as a citizen than as a laborer“, hieß es schon 1911 im US-Senat. Damit löst sich der Widerspruch zwischen der offensichtlichen Nachfrage nach mexikanischen Arbeitskräften in den USA und den ebenso offensichtlichen Anstrengungen, die Mauern zu erhöhen. Wenn an der Grenze vor allem darüber entschieden wird, ob die benötigten Arbeitskräfte aus Mexiko legalen Status erlangen können oder als nicht-dokumentierte ImmigrantInnen leben müssen, dann macht die verschärfte Grenzregulierung für jene Sinn, die aus der Illegalisierung der MexikanerInnen Profit ziehen können.

Eine Analyse der Ergebnisse, die bei einer vollen Implementierung der 1994 in Kalifornien beschlossenen „Proposition 187" zu erwarten wären, bestätigt die These, daß die Grenze weniger der quantitativen Regulierung der Einwanderung dient und mehr der qualitativen. „Proposition 187" soll, so behaupten ihre Verfechter, die nicht-dokumentierte mexikanische Zuwanderung bremsen, und zwar durch eine Verschärfung der Grenzkontrollen, polizeistaatlichen Überwachungsmaßnahmen im Inneren sowie der Verweigerung elementarster Rechte (wie Versorgung im Krankheitsfall) für nicht-dokumentierte ImmigrantInnen. Tatsächlich aber würde, so eine Studie der „University of California“, auch bei vollständiger Implementierung nicht-dokumentierte Zuwanderung nicht abgeschreckt, sondern im Gegenteil sogar vermehrt werden. Denn durch die „Proposition 187" würden die nicht-dokumentierten ImmigrantInnen noch weiter diskriminiert werden. „The ironic result is that as wages for undocumented workers contiune to fall, the demand for them will continue to rise, resulting in even greater dependence on low wage labour by California employers“.

Jüngste Entwicklungen zeigen, daß die Rechnung, Arbeitskosten durch eine Kombination von „Mauer“ und „Loch“ zu senken, aufgehen kann. Dank der verschärften Repressionen sind die gegenwärtigen ImmigrantInnen jünger und besser ausgebildet als ihre Vor-GängerInnen, und erhalten dennoch um 10 Prozent bis 20 Prozent niedrigere Löhne als ansässige Latinos. Es kann also, etwas zugespitzt formuliert, von einer regelrechten Nachfrage nach nicht-dokumentierten Arbeitskräften gesprochen werden. Das bestätigt, zumindestens auf dem Papier, auch die „Commission on Immigration Reform“: „The catalyst for much of today's unauthorized Mexican migration for United States employment lies in the United States“.

**VIII.** Die amerikanischen Erfahrungen können übertragen werden, aber Europa ist nicht Amerika. Doch die Erfahrungen, die dort mit der Unmöglichkeit, über die Verschärfung der Zuwanderungsbestimmungen die Zahl der Zuwanderer zu regulieren, und mit der Illegalisierung von ArbeitsmigrantInnen gemacht wurden, sind für die Migrationspolitik in Europa wichtig. Denn die Faktoren, die die Migrationsdynamik zwischen den USA und Mexiko in den Grundzügen bestimmen, gelten auch in Europa.

Auch hier geht die Entwicklung in Richtung verstärkter ökonomischer Integration Ost- und Südosteuropas, wobei diese Einbindung ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung in den betroffenen Regionen beschleunigen wird. Die tiefere – und subalterne – Eingliederung der ost- und südosteuropäischen Staaten in die Arbeitsteilung der EU wird dort zu sozioökonomischer Destabilisierung und Entwurzelung führen. Gleichzeitig nehmen die „Brücken" zwischen den wieder neu als Peripherien erschlossenen Gebieten und den alten Zentralräumen in Europa zu, was den Abwanderungsprozeß in Gang bringen bzw. stimulieren wird. Schließlich gilt für EU-Europa hinsichtlich der Nachfrage nach marginalisierten Arbeitskräften ähnliches wie für die USA, wenn auch (noch) nicht so ausgeprägt. Die Vermutung, daß bei allen Unterschieden wichtige Parallelen bestehen, bestätigt sich letztlich auch daran, daß die immer restriktivere Einwanderungspolitik, die EU-Europa betreibt, ihr proklamiertes Ziel, die Zuwanderung zu vermindern, ebenfalls nicht erreicht. Auch hier wird primär die Illegalisierung der ImmigrantInnen betrieben.

Daraus sollten mindestens mehrere Schlüsse gezogen werden. Erstens ist zu akzeptieren, daß sich angesichts der Globalisierungsprozesse die Frage nicht stellt, ob es künftig Zuwanderung geben wird oder soll. Es wird sie geben, denn die Mobilität von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Kultur und Menschen sind untrennbar miteinander verbunden. Zweitens: Der Umfang der Migrationen kann nicht per Dekret und auch nicht durch die Präsenz von Militär an den Grenzen reguliert werden. Drittens steuert die gegenwärtige Politik darauf zu, eine wachsende Zahl von illegalisierten ImmigrantInnen zu schaffen. Das mag für zahlreiche Unternehmen von Vorteil sein, wer aber den Arbeitsmarkt als Ganzes im Auge hat, muß diese verschärfte Segmentierung allerdings ablehnen, denn sie führt zu stagnierenden oder fallenden Löhnen, sich verschlechternden Arbeitsstandards und dem Entstehen einer pauperisierten „underclass". Statt dessen müßten, viertens, politische wie soziale Rechte, die StaatsbürgerInnen zugestanden, (nicht-dokumentierten) ImmigrantInnen aber verweigert werden, zu Menschenrechten werden. Dazu gehört auch, arbeits- und sozialrechtliche Standards auf alle Arbeitskräfte auszudehnen, und diese dann konsequenterweise zu kontrollieren. Dies hätte eine geringere Nachfrage nach marginalisierten Segmenten des Arbeitsmarktes zur Folge.

## Literatur


Feldbauer, Peter / Parnreiter, Christof, 1999: Mexiko-Krisen und Entwicklungschancen. In: Feldbauer, P. et. al. (Hrsg.), Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise 1929-1999. Frankfurt/M.

Parnreiter, Christof, 1999a: Migration: Symbol, Folge und Triebkraft von globaler Integration. Erfahrungen aus Zentralamerika. In: Parnreiter, Christof / Andreas Novy / Karin Fischer: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierungen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt/M.

Parnreiter, Christof, 1999b: Grenz-Gänger: Über die Probleme der USA, Immigration aus Mexiko zu kontrollieren. In: Ursula Prutsch (Hg.): Arbeit als Machtinstrument in Lateinamerika. Atención. Jahrbuch des österreichischen Lateinamerika-Instituts. Frankfurt/M.

Parnreiter, Christoph, 1994: Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Wien



*Patrick Ziltener*

**Strukturwandel der europäischen Integration**

Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit

1999 – 272 S. – SFR 44,50 – ISBN 3-89691-455-3

*Andreas Missbach*

**Das Klima zwischen Nord und Süd**

Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen

1999 – 377 S. – SFR 44,50 – ISBN 3-89691-456-1

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com · http://www.login1.com/dampfboot